

Bewegt euch!



Reden.

Material für Friedensbildung
in Schule und Unterricht

Handeln.

Studium und Referendariat
ohne Bundeswehr

Begegnen.

Antisemitischen Hass
und Vorurteile bekämpfen



Wir müssen reden.

Der Krieg in Syrien, der Nahostkonflikt, atomares Kräfte messen – Fragen zu Krieg und Frieden sind allgegenwärtig und oft schwer zu beantworten. Wie lässt sich in Schule und Unterricht trotzdem darüber reden? Diese Materialien können helfen.

Antisemitismus begegnen

Antisemitismus und Migration

Antisemitismus macht vor Schulen nicht halt. Im Fokus steht in letzter Zeit die Frage: Ist eine originär muslimische Judenfeindschaft verantwortlich für die Zunahme antisemitischer Einstellungen in Deutschland? Islamwissenschaftler Michael Kiefer zeigt, inwieweit unter Jugendlichen verbreitete antisemitische Narrationen durch den Islam beeinflusst sind und macht deutlich, wie der pädagogische Umgang mit islamisiertem Antisemitismus gelingen kann.

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (Hrsg.), 2017, 37 Seiten, Download: www.tinyurl.com/sor-smc-antisemitismus

Das historische Narrativ des Anderen

„Das historische Narrativ des Anderen kennen lernen – Palästinenser und Israelis“ ist das erste israelisch-palästinensische Schulbuch. Es stellt den Nahostkonflikt aus den Perspektiven beider Konfliktparteien dar und ermöglicht so einen differenzierten Zugang zu diesem hochkomplexen Thema.

Peace Research Institute in the Middle East/ Berghof Conflict Research (Hrsg.), 2003, 50 Seiten, Download: www.tinyurl.com/narrativ-des-anderen

Vielfalt-Mediathek

Die Mediathek von IDA e.V. und DGB Bildungswerk bietet ausgewählte Materialien zu Antisemitismus, seiner Ausprägung in der Migrationsgesellschaft, seiner Entstehung sowie zu Prävention und Intervention in der Bildungsarbeit. www.tinyurl.com/vielfalt-antisemitismus



Über Frieden lernen: Pädagogische Hilfen

Pädagogik des Widerstands

Armin Bernhards Ausgangsthese: Friedlosigkeit ist strukturell in den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen verankert. Dem setzt der Erziehungswissenschaftler sein Konzept einer kritischen Friedenserziehung entgegen.

Beltz Juventa, 2017, 245 Seiten, ISBN 978-3-7799-3628-2, 29,95 Euro

Jahrbuch Demokratiepädagogik

Band 4 des „Jahrbuchs Demokratiepädagogik“ widmet sich der Friedenspädagogik. Es thematisiert unter anderem den Umgang mit dem extremistischen Salafismus, den Kompromiss als politische Größe sowie die Bedeutung von Erinnerungskulturen und skizziert eine Schulpartnerschaft mit Afrika.

Wochenschau Verlag, 2016, 288 Seiten, ISBN 978-3-7344-0277-7, 26,80 Euro

(Hoch-)Schule ohne Bundeswehr!

GEW

„Einfluss der Bundeswehr an Schulen zurückdrängen“, fordert die Bildungsgewerkschaft und stellt Materialien aus mehreren Landesverbänden zum Thema zur Verfügung. www.gew.de/schule/bundeswehr/einfluss-der-bundeswehr-an-schulen-zurueckdraengen

Informationsstelle Militarisierung

Die IMI pflegt ein umfangreiches Dossier zum Einfluss der Bundeswehr auf Schule und Hochschule und vermittelt zudem Referent*innen. www.imi-online.de/themen/militarisierung-der-gesellschaft

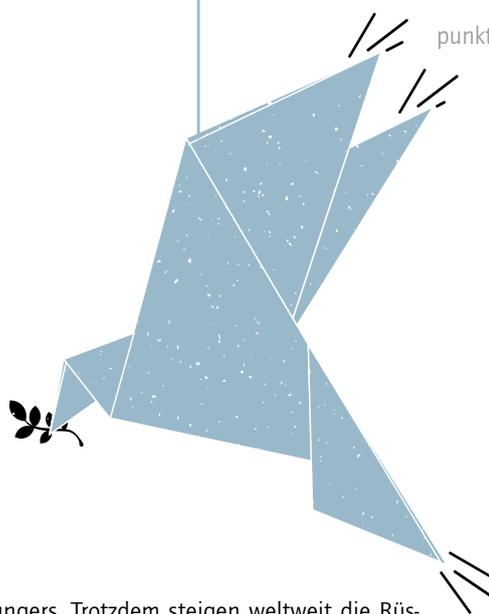
Bündnis Schule ohne Bundeswehr NRW

„Schule ohne Bundeswehr NRW“ bietet Handlungshilfen und Aktionsbeispiele und informiert über aktuelle Entwicklungen und Veranstaltungen. Zum Bündnis gehört auch die DGB Jugend NRW.

www.schule-ohne-bundeswehr-nrw.de

Zeit für Bewegung!

Kriege und wirtschaftliche Not zwingen Menschen zur Flucht. Die AfD befeuert Ausgrenzung und Rassismus. Nordkorea und die USA rücken einen Atomkrieg in greifbare Nähe. Mehr denn je braucht es eine aktive, breit aufgestellte Friedensbewegung in Deutschland – und sie ist da.



Die Fluchtbewegungen der letzten zwei Jahre oder die aggressive Politik Donald Trumps haben viele wachgerüttelt: Menschen, die zuletzt 2003 gegen den Irakkrieg auf die Straße gingen, werden wieder aktiv und eine neue Generation von jüngeren Friedensaktivist*innen rückt nach. In den letzten Jahren erlebte die Friedensbewegung neuen Zulauf.

Neue Medien, neue Aktionsformen, neue Themen

Positive Beispiele für diese neue Generation sind die „Internationale Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen“ (ICAN), die im Oktober 2017 mit dem Friedensnobelpreis für ihr Engagement gegen Atomwaffen geehrt wurde, sowie das „Jugendnetzwerk für politische Aktionen“ (JunepA), das unter anderem Aktionen gegen Rüstungsunternehmen und die US-Atomwaffen in Büchel durchführt. Das zeigt: Junge Menschen sind durchaus politisch und überaus aktiv. Auch erreicht und informiert die Friedensbewegung nach ersten Anlaufschwierigkeiten inzwischen mehr Menschen mit Hilfe der sozialen Medien, allen voran Facebook und Twitter. Ebenfalls haben sich die Aktionsformen gewandelt und sind vielfältiger geworden. Die eine Großdemo gibt es so nicht mehr. Stattdessen spielen dezentrale Aktionsformen sowie die Arbeit innerhalb von (Druck-)Kampagnen eine immer größere Rolle. Kontinuierliche Kampagnen, wie „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“, regen zum Mitmachen an und tragen zur gesellschaftlichen Verankerung friedenspolitischer Themen bei.

Der neue Aufwind für die Friedensbewegung ist (noch) weit davon entfernt, an die 1980er Jahre anzuknüpfen, als Millionen Menschen für ein Ende des Ost-West-Konflikts demonstrierten. Damals trieb die Angst vor dem Atomkrieg die Menschen auf die Straße. Heutzutage gibt es jedoch nicht mehr das eine große Thema, das einen Großteil der Bürger*innen in Deutschland mobilisiert. Außerdem konkurrieren viele unterschiedliche politische, soziale und die Umwelt betreffende Themen miteinander, sodass die Aufmerksamkeit der Menschen aufgeteilt ist und sich seltener, wie zum Beispiel zuletzt zum Irakkrieg, die große Masse mobilisieren lässt.

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus

Feststeht: Die Menschheit kann sich Krieg und Aufrüstung eigentlich gar nicht leisten, angesichts der vielen globalen Krisen, des Klimawandels und eines ungebremsten

Ressourcenhungers. Trotzdem steigen weltweit die Rüstungsausgaben. 2016 betragen sie über 1,5 Billionen Euro. Auch Deutschland trägt seinen Teil dazu bei und exportiert zum Beispiel Kleinwaffen und weiteres Kriegsgeschütz für zig Milliarden Euro – auch in Konfliktregionen. Besonders brisant ist, dass die Bundesregierung in den kommenden Jahren plant, den Verteidigungshaushalt den NATO-Vorgaben anzupassen. Dementsprechend sollen zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Rüstung und Krieg ausgegeben werden. Statt 36 Milliarden würden dann sogar um die 70 Milliarden Euro, oder 20 Prozent des jährlichen Bundeshaushaltes, fürs Militär ausgegeben werden. Dies sollte jeden aufschrecken, denn dieses Geld würde dann für Bildung, Gesundheit und Soziales fehlen und die Rüstungsspirale weiter anheizen.

Die Zivilgesellschaft steht vor großen Herausforderungen, die gleichzeitig eine Chance für einen neuen Aufbruch der Friedensbewegung und damit verbundenen sozialen Wandel sind. Wir als Zivilgesellschaft müssen unsere Politiker*innen daran erinnern, dass Krieg nicht Mittel zum Zweck sein darf. Der alte Leitspruch „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ ist heute so aktuell wie lange nicht mehr. Für einen nachhaltigen europäischen und weltweiten Frieden braucht es eine breit aufgestellte und präsente Bewegung der Zivilgesellschaft. Frieden, die Abwesenheit von gewaltsamen Konflikten, darf keine Selbstverständlichkeit sein. Ein Leben frei von Krieg, Angst und Gewalt ist ein hohes Gut, das jedem Menschen zusteht und für das wir uns aktiv einsetzen müssen. In Deutschland, Europa und weltweit.

Philipp Ingenleuf

ist Mitarbeiter des Netzwerks Friedenskooperative und arbeitet seit 2012 unter anderem als Kampagnenkoordinator in der Friedensbewegung.

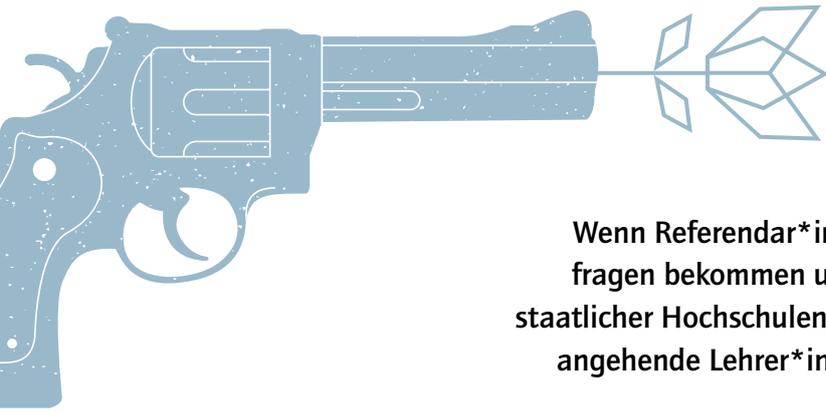
pluspunkt

Netzwerk Friedenskooperative
www.friedenskooperative.de

Internationale Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen (ICAN Deutschland e.V.)
www.icanw.de

Jugendnetzwerk für politische Aktionen (JunepA)
www.junepa.blogspot.eu

Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel
www.aufschrei-waffenhandel.de



Kritisch fragen, mutig handeln!

Wenn Referendar*innen von der Bundeswehr Nachhilfe in Friedensfragen bekommen und die Rüstungsindustrie Geld in die Forschung staatlicher Hochschulen steckt, ist Skepsis angebracht. Wie können sich angehende Lehrer*innen und Studierende für Frieden stark machen?

Während Stefanie Wedy Sozialwissenschaften, Englisch und Geschichte studierte, verbrachte sie ein Jahr in Israel und ein weiteres halbes Jahr in Südafrika. Man könnte also sagen: Die heute 28-Jährige ist in der Lage, die Welt differenziert zu erfassen. Differenzierter jedenfalls als es das Simulationsspiel POL&IS zulässt, an der die Referendarin mit ihrem SoWi-Fachseminar teilnehmen sollte. „Sie stellt das Weltgeschehen stereotyp und verkürzt dar“, kritisiert Stefanie Wedy. POL&IS steht für „Politik und Internationale Sicherheit“ und wurde in den 1980er Jahren von Politikwissenschaftler Wolfgang Leidhold entwickelt, um Studierenden die Zusammenhänge der Weltpolitik zu vermitteln. 1989 erwarb die Bundeswehr die POL&IS-Lizenz und erweiterte das Spiel um militärische Mittel. Jugendoffizier*innen der Bundeswehr, die das Spiel in der Öffentlichkeit vertreten und seine Durchführung in Schulklassen oder Seminaren betreuen, entwickeln es ständig weiter.

Referendar*innen vor Überwältigung schützen!

Stefanie Wedy hatte wegen des Bundeswehrbezugs Bedenken an der Simulation teilzunehmen, allerdings wurde ihr signalisiert, dass die Veranstaltung für Referendar*innen ihres Seminars obligatorisch sei. Hier müsse eigentlich der Beutelsbacher Konsens greifen, sagt Michael Schulze von Glaßer von der deutschen Friedensgesellschaft. Der Konsens legt drei Prinzipien für den Politikunterricht fest: Überwältigungsverbot, Kontroversität und Schüler*innenorientierung. „Er muss immer dann angewendet werden, wenn Zwang besteht – zum Beispiel an Schulen und Universitäten mit Anwesenheitspflicht“, erklärt Michael Schulze von Glaßer. „Bei POL&IS geschieht genau das, wovor der Beutelsbacher Konsens schützen soll“, macht Stefanie Wedy deutlich. „Die Schüler*innen werden einseitig überwältigt und die Kontroverse fehlt.“ In ihrem SoWi-Seminar hieß es dazu: Die Bundeswehr sei ein staatlicher Akteur, weswegen einseitige Einflussnahme nicht zu befürchten sei. Schlussendlich nahm Stefanie Wedy aus vielerlei Gründen an der POL&IS-Simulation teil: Grundsätzlich war sie von der Fachkompetenz ihres Fachseminarleiters überzeugt, der vehement hinter dem Spiel stand. Nach Rücksprache mit Referendarkolleg*innen wollte sie außerdem nicht als einzige aufgrund von inhaltlichen Bedenken absagen. Die Benotung des Seminars, ist ebenfalls nicht unerheblich für die spätere Stellensuche. Michael Schulze von Glaßer bestätigt: „POL&IS wird an einigen Seminaren als obligatorisch verkauft, um am Ende

eine Leistungsbescheinigung erhalten zu können.“ Die GEW NRW befürchtet diese Entwicklung schon länger, besonders weil zahlreiche Landesschulministerien sogenannte Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr unterzeichnet haben – 2008 auch in NRW. Die Abkommen räumen der Bundeswehr weitreichende Möglichkeiten in der politischen Bildung von Schüler*innen sowie in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrer*innen und Referendar*innen ein. Immer wieder werden Fälle bekannt, in den Lehrer*innen unter Druck gesetzt wurden, wenn sie sich gegen Bundeswehrwerbung an Schulen stellten.

Militärische Lösungen mit hohem Coolnessfaktor

In Stefanie Wedys Fachseminar wurde nur wenig Kritik zu POL&IS laut. Ihr Vorschlag im Sinne der Ausgewogenheit auch eine*n Friedensaktivist*in einzuladen, wurde schnell abgebugelt und im Februar 2017 besuchte das Seminar für drei Tage eine Winterberger Kaserne. „Die POL&IS-Simulation wurde von zwei sehr eloquenten Jugendoffizieren durchgeführt, die fachlich gut geschult waren“, erinnert sich Stefanie Wedy. „Viele Teilnehmer*innen waren angetan von ihrer Lockerheit, was vielleicht auch eine unkritische Haltung fördert.“ Das unterstreicht auch Michael Schulze von Glaßer: „Das Überwältigungsverbot gibt es nicht umsonst: Oft wird die Wirkung der Jugendoffizier*innen auf Schüler*innen unterschätzt. Die Soldat*innen dürfen höchstens 30 Jahre alt sein und sollen gezielt cool rüberkommen. Nicht jede*r kann Jugendoffizier*in werden, das sagt die Bundeswehr selbst.“ Nach jeder Spielrunde bewerten die Jugendoffizier*innen die Spielzüge der Teilnehmer*innen und obwohl es ein über 100-seitiges Handbuch gibt, sind die Soldat*innen bei ihren Bewertungen nicht daran gebunden. Die Teilnehmer*innen werden zu Spielbeginn einer Region wie Russland, Europa, Arabien, China oder Amerika zugelost. Stefanie Wedy spielte für Arabien. „Allein schon die Vereinfachung eines komplexen Staatengefüges zur ‚Region Arabien‘ ist total realitätsfern“, meint sie. Im Spielverlauf verbreiten fiktive Nachrichtenmeldungen Konflikte. Spielkarten stellen den Teilnehmer*innen acht Reaktionsszenarien zur Auswahl, von denen fünf gewalttätig sind und den Einsatz von Streitkräften sowie A-, B- oder C-Waffen verlangen. Welches Wissen generieren Schüler*innen daraus? Michael Schulze von Glaßer fragt weiter: „Warum wird POL&IS von der Bundeswehr angeboten und nicht von der Bundeszentrale für politische Bildung?“

Verpflichtung für eine friedliche Orientierung

An rund 60 Hochschulen bundesweit existiert heute eine Zivilklausel. „Sie ist die Selbstverpflichtung der Hochschulen in Lehre, Studium und Forschung friedliche und zivile Ziele zu verfolgen“, erklärt Senta Pineau, die als Studentin im Senat der Universität Köln sitzt und 2010 den „Arbeitskreis Zivilklausel“ mitgegründet hat. Im selben Jahr formulierten rund 5.000 Studierende via Urabstimmung ihren politischen Willen für eine strikt zivile Universität und 160 Hochschulbeschäftigte unterstützten in einer Unterschriftenkampagne des Arbeitskreises die Forderung nach einer Zivilklausel. Der Kampf der Aktivist*innen zahlte sich 2014 endlich aus, als die Hochschulen in NRW sich mit dem neuen Hochschulgesetz einer demokratischen, friedlichen und nachhaltigen Welt verpflichteten und ab 2015 eine Zivilklausel in ihre Grundordnungen aufnahmen. Das war ein wichtiger Schritt: Hochschulen erheben wieder gesellschaftspolitisch, positive Ansprüche, die Bedeutung für den Lauf der Welt haben.

So auch die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule (RWTH) Aachen: Ende August 2017 wurde bekannt, dass die Universität im Auftrag von Rheinmetall eine Machbarkeitsstudie für den Bau einer Panzerfabrik in der türkischen Stadt Karasu plant. „Immer wieder hören wir von Verstößen gegen die Zivilklausel, aber es gibt auch immer die Möglichkeit den Kurs zu wechseln“, kommentiert Senta Pineau, was in Aachen geschah. In einer Pressemitteilung der RWTH heißt es schließlich: „Rückblickend war es ein Fehler seitens des Auftragnehmers, (...). Die RWTH fühlt sich nicht nur im Sinne der Gesetzgebung der friedlichen Forschung verpflichtet und betreibt keine Rüstungsforschung. (...) Entsprechend wurde der Auftrag auch vor Abschluss beendet.“ Hier greift der Einsatz der Zivilklauselbewegung und dient als Ermutigung und Orientierungspunkt: „Nicht mehr diejenigen, die Kriegsforschung kritisieren, müssen sich legitimieren, sondern diejenigen, die Kriegsforschung betreiben“, betont Senta Pineau.

Beiß' nicht die Hand, die dich füttert! Oder doch?

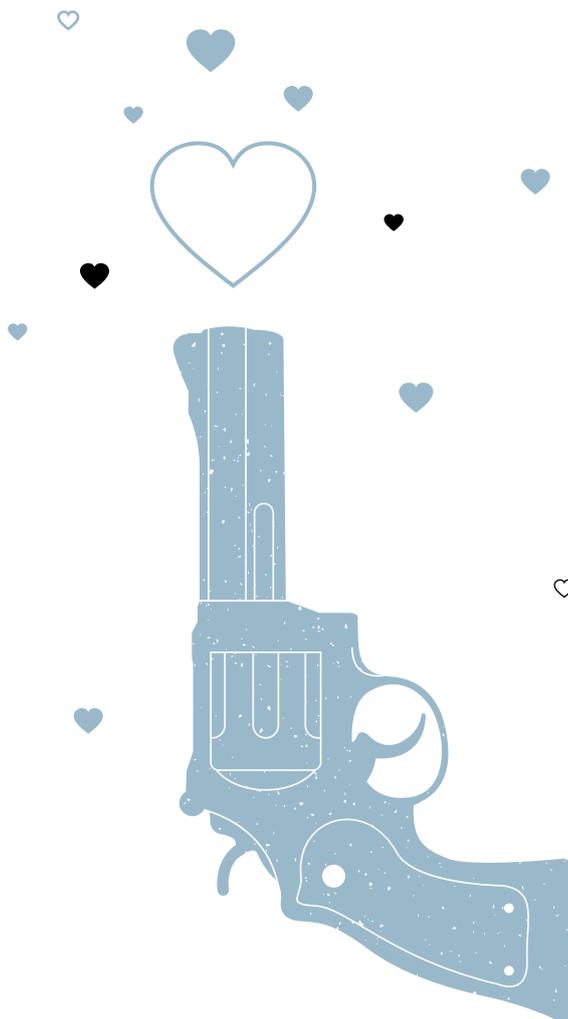
Und das Engagement des Arbeitskreises geht weiter: Die neue Landesregierung in NRW will nicht nur die Zivilklausel aus Hochschulgesetz streichen, sondern plant auch Studiengebühren für ausländische Studierende. Auch das ist eine Frage des Friedens. Deshalb hat der Senat der Universität zu Köln eine prinzipielle Stellungnahme zur geplanten Einführung von Studienbeiträgen für Studierende aus Nicht-EU-Ländern veröffentlicht. Senta Pineau erklärt: „Damit nehmen wir eine Vorreiterrolle für Internationalität und Frieden und gegen nationale Egoismen ein. Wir gehen in einen politischen Konflikt mit der Landesregierung, von der wir eigentlich abhängig sind“, macht sie deutlich.

Auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière kündigte einen „ergebnisoffenen Dialog“ bezüglich der Zivilklausel an. Was steckt dahinter? Promotionsstudent Stefan Brackertz, der sich ebenfalls im „Arbeitskreis Zivilklausel“ engagiert, rückt den sogenannten Dual-Use in den Fokus, also Erfindungen und Forschungsergebnisse, die umgewidmet zur Katastrophe führen können: „In den Positionspapieren der Bundesregierung ist Dual-Use eine Strategie, um sowohl Rüstungs- als auch Sicherheitsindustrie zu stärken. Zivilklauseln stehen dem

zynischen Plan im Weg, mehr Profit aus Krieg und Angst zu schlagen, weswegen die Bundesregierung sie abschaffen will.“ Seit Einführung der Zivilklausel im März 2015 an der Uni Köln hat Stefan Brackertz den Eindruck, dass Fachbereiche, die schon immer einen gesellschaftlichen Beitrag geleistet haben, das jetzt noch selbstbewusster tun. Als ein Resultat der Zivilklauselbewegung entstand das Seminar „Physik & Ethik“, das Dozent*innen gemeinsam mit Studierenden wöchentlich organisierten. In der Physik ist die Auseinandersetzung mit Fragen von Krieg und Frieden historisch bedingt, nun befassten sich zahlreiche Teilnehmer*innen erneut damit: Ist eine Welt ohne Atomwaffen noch gefährlicher? Was bedeutet langfristig künstliche Intelligenz? Die Diskussionen werden in der Fachschaftszeitung dokumentiert, um sie der Hochschulöffentlichkeit zugänglich zu machen.

Das Engagement der Studierenden ist oft initial und richtungsweisend, aber die Frage nach friedlicher und ziviler Wissenschaft ist unabhängig vom Alter und von der eigenen Rolle innerhalb der Hochschule, weswegen sich viele unterschiedliche Menschen engagieren. „Die verstärkte Diskussion über Sinn und Zweck der Wissenschaft und ihre Indienstnahme für Zerstörung und Krieg führt zu einem höheren Grad an politischem Bewusstsein und Gesellschaftlichkeit“, fasst Senta Pineau zusammen. „Das ist die Voraussetzung für eine wissenschaftliche Tätigkeit in gesellschaftlicher Verantwortung.“

Roma Hering
ist freie Journalistin.



Antisemitismus begegnen



Wenn auf Schulhöfen „Jude“ zum Schimpfwort avanciert und Kinder und Jugendliche sich nicht mehr trauen, offen zu ihrem jüdischen Glauben zu stehen, ist es höchste Zeit über Antisemitismus zu reden. Wie können Lehrer*innen helfen, Hass und Vorurteile abzubauen?

Antisemitismus ist auch im Jahr 2017 ein akutes Problem. Aktuelle Untersuchungen weisen darauf hin, dass knapp ein Viertel der deutschen Bevölkerung latent antisemitische Einstellungen teilt. Dabei ist Antisemitismus nicht nur ein Problem bestimmter Randgruppen, sondern ebenso eines der gesellschaftlichen Mitte. Kennen aber die, die diesen Einstellungen anhängen, jüdische Menschen eigentlich persönlich? Haben die, die antisemitische Vorurteile pflegen, je Kontakt zu jenen gehabt, über die sie ihr Urteil fällen? Das dürfte unwahrscheinlich sein – der Anteil der Menschen jüdischen Glaubens an der deutschen Bevölkerung beträgt lediglich 0,24 Prozent. Im öffentlichen Leben sind jüdische Religion und jüdische Kultur kaum präsent.

Dabei ist erwiesen, dass eben genau der persönliche Kontakt das beste Mittel ist, Vorurteilen und Stereotypen entgegenzuwirken. Was hilft, sind die Begegnung und das Kennenlernen. Wenn Kinder und Jugendliche überhaupt mit dem Judentum in Kontakt kommen, geschieht dies in den allermeisten Fällen über Bildungseinrichtungen. Dabei sollte die Erinnerung an den Holocaust in Schule und Unterricht selbstverständlich sein. Nur darf die Folge nicht sein, dass Jüd*innen lediglich als Opfer gesehen und jüdische Geschichte und jüdisches Leben auf die Geschichte der Shoa reduziert werden. Wie können also darüber hinaus in der pädagogischen Arbeit Begegnungen mit jüdischer Religion, jüdischer Kultur und jüdischem Leben möglich gemacht werden? Zahlreiche Projekte in NRW machen das Kennenlernen möglich und unterstützen interessierte Lehrkräfte.

Alte Synagoge Essen: Eindrucksvolle Kulisse

Die Alte Synagoge in Essen ist ein eindrucksvolles Gebäude – das größte freistehende Synagogengebäude nördlich der Alpen. Bereits die Geschichte des Hauses eröffnet einen

Zugang zu Vergangenheit und Gegenwart jüdischen Lebens in Deutschland. 1913 als „Neue Synagoge“ eingeweiht und während der Novemberpogrome am 9. November 1938 zerstört, wurde das Gebäude anschließend nie wieder als Synagoge genutzt. Die Ruine stand nach Kriegsende zunächst leer und wurde dann unter dem Namen „Haus Industrieform“ zweckfremd genutzt: als Ausstellungsstätte für Industriedesign. Erst in den 1980er Jahren gelang es, den alten Synagogenraum zu rekonstruieren und eine Ausstellung einzurichten. Heute versteht man sich ausdrücklich als kulturelles Begegnungszentrum.

Fünf Ausstellungsbereiche widmen sich unter anderem der jüdischen Tradition, jüdischen Festen und dem jüdischen „Way of Life“. Dabei ist den Ausstellungsmacher*innen daran gelegen, ungewöhnliche Einblicke in jüdische Lebenswelten zu bieten und jüdische Lebenskultur fernab bestehender Klischees zu präsentieren. Neben der Dauerausstellung und wechselnden Sonderausstellungen gehören Angebote zur jüdischen Kultur zu den Programmschwerpunkten der Alten Synagoge Essen. Auch wenn das Gebäude nicht mehr von der jüdischen Gemeinde genutzt wird, richten sich auch heute noch antisemitische Angriffe gegen die Alte Synagoge, die aus diesem Grund auch unter besonderem polizeilichen Schutz steht.

Rent a Jew: Mit Humor und ein bisschen Chuzpe

„Deinen ersten vergisst Du nie.“ Mit diesem Motto macht das Projekt „Rent a Jew“ auf sich aufmerksam. Aus der Überzeugung heraus, dass es insbesondere persönliche Begegnungen sind, die nachhaltige Lernerfahrungen ermöglichen, vermittelt die Initiative jüdische Menschen verschiedenen Alters und Hintergrundes für Besuche in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. „Rent a Jew“ will dazu beitragen, miteinander statt übereinander zu reden, Fragen auf beiden Seiten zu beantworten und Vorurteile abzubauen.

Der Name der Initiative ist bewusst provokativ gewählt. Die Initiator*innen erklären dies so: „Warum ‚Rent a Jew‘? Autos kann man mieten, aber Juden? Das mag zunächst verletzend klingen. Schließlich behaupten Antisemit*innen seit Hunderten von Jahren, dass Juden weniger wert seien als andere Menschen. Wir sind es leid, solche Zuweisungen zu hören. Und wir glauben, dass Humor gemischt mit ein

punktgenau

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“

Antisemitismus-Definition der Bundesregierung, September 2017

bisschen Chuzpe das beste Mittel ist, um alte Klischees und Vorurteile zu widerlegen und zu zeigen, wie absurd sie sind.“ Natürlich fällt keine Mietgebühr an, die Mitglieder arbeiten ehrenamtlich, lediglich über eine Erstattung eventuell entstehender Fahrtkosten freut man sich. Die Initiative vermittelt dabei nicht nur passende Gesprächspartner*innen, sondern berät auch bei der Themenwahl und hilft bei der Vorbereitung der Besuche.

Jüdisches Museum Westfalen: Kultur zum Mitmachen

Auch im Jüdischen Museum Westfalen in Dorsten gibt es vielfältige Möglichkeiten, das Judentum kennenzulernen. Der private Trägerverein des 1992 gegründeten Hauses macht es sich zur Aufgabe, die Spuren jüdischen Lebens in Westfalen nachzuzeichnen und sie zu bewahren. Das Museum ist ausdrücklich als „Lernhaus“ angelegt und will zum Verstehen des Judentums, seiner Religion und Kultur beitragen. In der sehenswerten Ausstellung können Besucher*innen etwas über die Grundbegriffe des Judentums erfahren, jüdischen Lebenswegen in Westfalen nachspüren und sich über den Neubeginn jüdischen Lebens in Westfalen nach der Shoa informieren. Daneben bietet das Museum zahlreiche pädagogische Angebote, die sich um die jüdische Kultur drehen, darunter zum Beispiel auch Tanz- und Kochworkshops. Für Lehrer*innen führt das Museum maßgeschneiderte Fortbildungsangebote durch, etwa zu Abiturthemen, in denen das Judentum eine Rolle spielt.

Jüdische Gemeinden: Besuche vor Ort

Vor Ort bieten jüdische Gemeinden und die in zahlreichen Städten NRW aktiven Gesellschaften für jüdisch-christliche Zusammenarbeit pädagogische Angebote an. In Gelsenkirchen etwa heißt die Vorsitzende der jüdischen Gemeinde, Judith Neuwald-Tasbach, regelmäßig Schüler*innengruppen in der Neuen Synagoge willkommen. Sie hält diese Besuche für äußerst geeignet, um Kindern und Jugendlichen einen lokalen Einblick in die jüdische Welt und die Erinnerung an

das Dritte Reich zu geben. Schüler*innen sollen, so Judith Neuwald-Tasbach, „die Geschichte damaliger jüdischer Jugendlicher aus ihrer Stadt kennenlernen, die irgendwann einfach ‚verschwunden‘ sind, und sich auch Einblick verschaffen in das heutige jüdische Leben. In die jüdische Religion und Kultur, in die Riten und die Speisegesetze, und auch in die Sorgen, die jüdische Menschen heute in Deutschland wieder haben.“ Zu diesen Sorgen gehöre, so erzählt Judith Neuwald-Tasbach weiter, dass jüdische Jugendliche erleben müssten, dass das Schimpfwort „du Jude“ immer häufiger gebraucht werde und sie ausgegrenzt würden, wenn sie ein Käppchen oder einen Davidstern tragen. Manche jüdische Schüler*innen wollten nicht einmal, dass die Zensur für das Fach Jüdische Religion im Zeugnis erscheint – aus Angst davor, dass die Mitschüler*innen erfahren, dass sie jüdisch sind. Die jüdischen Gemeinden öffneten sich auch deshalb für den Besuch von Schulen und Interessierten, erklärt die Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Gelsenkirchens: „Wir alle haben die Hoffnung, dass es eines Tages ganz normal ist, als Jude in Deutschland zu leben.“ Zusätzlich zu der Möglichkeit, die Neue Synagoge zu besuchen, bietet die Gelsenkirchener Gemeinde ein ▶▶



Zustimmungen und Ablehnungen von Aussagen zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im Jahr 2016 (Auszüge)

Ich stimme...	überhaupt nicht zu	eher nicht zu	eher zu	voll und ganz zu
TRADITIONELLER ANTISEMITISMUS				
Jüd*innen haben in Deutschland zu viel Einfluss.	77,8%	13,4%	4,5%	4,3%
Durch ihr Verhalten sind Jüd*innen an ihren Verfolgungen mitschuldig.	81,5%	11,2%	5,2%	2,1%
SEKUNDÄRER UND ISRAELBEZOGENER ANTISEMITISMUS				
Viele Jüd*innen versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reichs heute ihren Vorteil zu ziehen.	57,2%	17,3%	14,7%	10,9%
Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Jüd*innen hat.	38,6%	21,1%	23,2%	17,2%
Was der Staat Israel heute mit den Palästinenser*innen macht, ist im Prinzip nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Jüd*innen gemacht haben.	53,4%	22,0%	15,3%	9,3%

Quelle: Andreas Zick, Beate Küpper, Daniela Krause: *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016.*

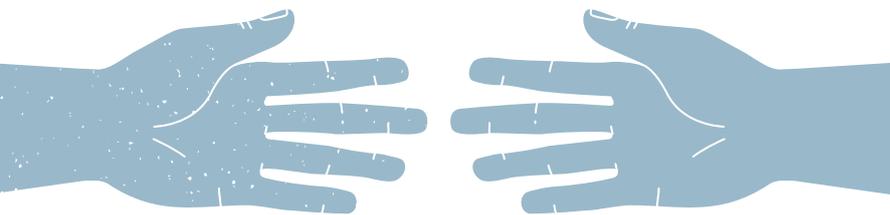
umfangreiches Bildungs- und Kulturprogramm an, welches Einblicke in jüdische Geschichte und Gegenwart bietet. In Kooperation mit der Gesellschaft für jüdisch-christliche Zusammenarbeit werden etwa Stadtführungen veranstaltet, die die Spuren jüdischen Lebens in der Ruhrgebietsstadt sichtbar werden lassen.

Gute Vor- und Nachbereitung sind ein Muss

So wertvoll Begegnungsveranstaltungen sind – sie stellen leider kein Allheilmittel gegen Antisemitismus dar und können selbst einige Fallstricke bieten. So kann es auch bei gut gemeinten Projekten dazu kommen, dass andere erst zu anderen gemacht oder Vorurteile unbeabsichtigt verstärkt werden. Um das zu vermeiden ist eine gute Vor- und Nachbereitung pädagogischer Vorhaben in diesem Themenbereich unabdingbar. Methoden hierzu und weitere Empfehlungen für die pädagogische Arbeit bietet die hervorragende Broschüre „Weltbild Antisemitismus – Didaktische und methodische Empfehlungen für die pädagogische Arbeit in der Migrationsgesellschaft“ des Bildungszentrums Anne Frank, die zum kostenfreien Download zur Verfügung steht.

Florian Beer

ist Mitglied der AG Friedenspädagogik und der Fachgruppe Erwachsenenbildung der GEW NRW.



pluspunkt

Alte Synagoge Essen

www.alte-synagoge.essen.de

Projekt „Rent a Jew“

www.rentajew.org

Jüdisches Museum Westfalen

www.jmw-dorsten.de

Jüdische Gemeinde Gelsenkirchen

www.jggelsenkirchen.de/besichtigung

Gesellschaften für jüdisch-christliche Zusammenarbeit

www.deutscher-koordinierungsrat.de/liste-gesellschaften

Bildungsstätte Anne Frank: Broschüre „Weltbild Antisemitismus – Didaktische und methodische Empfehlungen für die pädagogische Arbeit in der Migrationsgesellschaft“

www.tinyurl.com/bsaf-antisemitismus

Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus, BMI: Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen

www.tinyurl.com/bmi-antisemitismus

Impressum

Herausgeber

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW
Nünningstraße 11, 45141 Essen

punktlandung-Redaktion

Anja Heifel, Sherin Krüger, Jessica Küppers
fon 0201-2940355
mail punktlandung@nds-verlag.de

punktlandung-Satz und Bildredaktion

Daniela Costa – büreau.de

Verlag

Neue Deutsche Schule Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 10 27 52, 45027 Essen
mail info@nds-verlag.de
web www.nds-verlag.de

Titelmotiv der punktlandung:

KateChe / shutterstock.com

Motiv Rückseite:

Julia Timm / shutterstock.com



Julia Löhr, Jugendbildungsreferentin

fon 0201-2940384

mail jungegew@gew-nrw.de

web www.gew-nrw.de/junge-gew-nrw